Momentum 2017
Track: # 2 Vielfalt organisieren

christian.cargnelli@chello.at
tamara.ehs@univie.ac.at
anton.tantner@univie.ac.at

Organisierung prekärer Arbeit. Das Beispiel der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen

Christian Cargnelli
Tamara Ehs
Anton Tantner
(Vorstandsmitglieder der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen
ig-elf.at)

1. Der Status Quo

1.1 Einleitung

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. (Österreichisches Staatsgrundgesetz, Artikel 17)

Im Jahre 2014 gab die damalige Vizerektorin der Universität Wien, Susanne Weigelin-Schwiedrzik, zuständig für Forschung und Nachwuchsförderung, der Tageszeitung *Der Standard* ein bemerkenswertes Interview. Darin meinte sie: „Unsicherheit ist allerdings auch so etwas wie der Motor des Erfolgs der Wissenschaften, sowohl auf ganz allgemeiner Ebene wie auch auf Ebene der Karrieren einzelner Wissenschafter. Denn die Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an.“[1] Hämische Reaktionen waren Weigelin-Schwiedrzik gewiss – kein Wunder, basiert doch der österreichische Wissenschaftsbetrieb zu großen Teilen auf der Arbeit des nur befristet angestellten, oft unterdurchschnittlich bezahlten, also in unsicheren Verhältnissen lebenden akademischen Personals.

Zunächst ein paar Zahlen: An Österreichs Universitäten wird die Lehre zu etwa einem Viertel von Lehrbeauftragten bestritten. Ihre Zahl lag im Studienjahr 2014/15 bei rund 14.000.[2] An manchen Universitäten, etwa in Wien und Graz, tragen LektorInnen die Lehre allerdings zu rund 40 Prozent – und an etlichen Wiener Instituten noch in viel höherem Ausmaß. So wird die Lehre am Institut für Theater-, Film- und Medienwissenschaft derzeit zu 67 Prozent von LektorInnen bestritten[3]; ähnlich verhält es sich am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und am Zentrum für Translationswissenschaft. Da der Studienplan an diesen und anderen Instituten bei weitem nicht vom Stammpersonal allein bewältigt werden kann, sind LektorInnen dort in zahlreichen Pflichtveranstaltungen tätig. Ohne sie würde der Lehrbetrieb sofort und augenblicklich zusammenbrechen. Diese LektorInnen erhalten aber in der Regel jeweils nur semesterweise Verträge und auch nur im Ausmaß von zwei Semesterstunden.

Die Universität braucht die LektorInnen also, aber sie behandelt sie schlecht. Die ursprüngliche Überlegung, kompetente ExpertInnen von außerhalb für die Universitäten zu gewinnen, um in der akademischen Lehre von deren Berufserfahrung und -praxis zu profitieren, wurde in ein neoliberales Organisationsmodell umgewandelt, das eine immer größer werdende Gruppe von hochqualifizierten AkademikerInnen als Verschubmasse benutzt, um die Studienpläne bespielen zu können und damit den universitären Betrieb am Laufen zu halten; und zwar – aufgrund der stets bemühten „Ressourcenknappheit“ – ohne dass den Betroffenen irgendeine Karriereperspektive offenstünde. An österreichischen Universitäten und anderen Forschungsinstitutionen arbeiten LektorInnen in überwiegendem Maße nur in befristeten Dienstverhältnissen, stehen aber auch aus Mangel an anderen Anstellungsverhältnissen mit ihren Kompetenzen, Erfahrungen und ihrer Lehre immer

---

[1] Klaus Taschwer, Unsicherheit stachelt zu Höchstleistungen an (Interview mit Susanne Weigelin-Schwiedrzik), in: Der Standard, 20.04.2014, http://derstandard.at/1397522040137/Unsicherheit-stachelt-zu-Hoechstleistungen-an (letzter Zugriff: 27.08.2017).

[2] Die Zahl ergibt sich aus den Antworten der 21 öffentlichen österreichischen Universitäten auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen zur Situation der LektorInnen vom 27. Juli 2016: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/J/J_10012/index.shtml

[3] https://spl-tfm.univie.ac.at/lehre (letzter Zugriff: 24.08.2017).

wieder zur Verfügung.[4] Diese Art der Beschäftigung ist für eine immer größer werdende Gruppe von WissensarbeiterInnen zu einer dauerhaften, wenn auch zuweilen unterbrochenen, und mitunter lebenslangen, prekären Arbeitsrealität geworden.

Derzeit werden in Österreich befristete Verträge für LektorInnen alle sechs oder zwölf Monate neu vergeben – vorausgesetzt, man bewirbt sich offiziell (bei transparenten Ausschreibungsmodalitäten) für einen Lehrauftrag oder „erfährt" (bei intransparenten Prozessen) von der Lehrauftragsvergabe. Die Entscheidungsprozesse zur Vergabe werden de iure und de facto allein vom/von der StudienprogrammleiterIn gefällt, die Zusage für einen Lehrauftrag erfolgt gelegentlich sehr kurzfristig beziehungsweise unmittelbar vor Semesterbeginn. Hinzu kommt die sogenannte Kettenvertragsregelung, eine Richtlinie zum Schutz (!) von ArbeitnehmerInnen, die Universitäten veranlasst, LektorInnen nach sechs beziehungsweise acht Jahren nicht permanent anzustellen, sondern aus ihrer Lehrtätigkeit zu drängen. LektorInnen sind damit paradoxerweise zu einer meist einjährigen Pause ohne Anrecht auf Weiterbeschäftigung gezwungen.

Die Bezahlung der Lehraufträge ist inadäquat, denn sie deckt nicht den tatsächlichen Arbeitsaufwand ab. So werden zentrale Aufgaben universitärer Vermittlung wie eine didaktisch seriöse Vor- und Nachbereitung der Lehrveranstaltungen, die Betreuung von Abschlussarbeiten und die laufende Administration von Lernplattformen ebenso nicht angemessen abgegolten wie die Mitwirkung an Abschlussprüfungen und die Teilnahme an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in universitären Gremien. An einigen österreichischen Universitäten werden LektorInnen freilich überwiegend oder zur Gänze mit Freien Dienstverträgen ausgestattet – das bedeutet, dass hier das Arbeitsrecht und damit auch kollektivvertragliche Bestimmungen nicht zur Anwendung kommen. Freie DienstnehmerInnen können auch weder vom Betriebsrat vertreten werden noch für diesen kandidieren.

WissenschafterInnen durch unbefristete Verträge eine planbare Perspektive jenseits prekärer Arbeitsverhältnisse zu bieten, ist eine notwendige Voraussetzung für die oft eingeforderte Exzellenz von Lehre und Forschung. Dazu gehört die Bereitstellung von angemessenen Arbeitsplätzen und deren adäquate infrastrukturelle Ausstattung: Hervorragende Lehre und Forschung sind nur unter hervorragenden Arbeitsbedingungen möglich. Wo diese nicht gegeben sind, werden WissenschafterInnen zwangsläufig in andere Betätigungsfelder abwandern. Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft schaden somit nicht nur den betroffenen Personen, sie sind der Qualität der Wissenschaft selbst abträglich.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1996 kämpft die *IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen* gegen diese Prekarisierung, die sich nicht nur im Wissenschaftsbetrieb zeigt, sondern generell eine stetig wachsende Anzahl von Menschen – nicht zuletzt Frauen und MigrantInnen – betrifft, die ihren Lebensunterhalt mit einem Job allein nicht mehr bestreiten können, ganz gleich, ob sie im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Dienstleistungsbereich, Security-Sektor, in der Kulturarbeit oder im Journalismus tätig sind. Zu diesem Kampf braucht es Assoziationen wie die *IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen*,

[4] Die Aufforderung, doch mobil zu sein, sich jobmäßig etwa in Deutschland umzuschauen, kann in diesem Zusammenhang – unsere deutschen KollegInnen wissen dies allzu gut – nur als blanker Hohn empfunden werden.

die das akademische Feld innerhalb und außerhalb der Universitäten und akademischen Institutionen beobachten und Diskussionsräume zum Erfahrungsaustausch schaffen. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Artikulieren von solidarischen Forderungen auf universitärer, aber auch auf allgemein politischer Ebene, für gemeinsames Handeln und das Auftreten als Verhandlungspartnerin mit Institutionen, Unternehmen und Regierungen. Dabei sind z.B. Betriebsräte und Gewerkschaften wichtige Verbündete. Im Betriebsrat der größten österreichischen Universität, der Universität Wien, ist die IG seit einigen Jahren ebenso vertreten und aktiv wie in deren höchstem Gremium, dem Senat, und hat mittlerweile etliche infrastrukturelle und arbeitsrechtliche Verbesserungen erreicht. Eine der nächsten Aufgaben und Herausforderungen wird und muss die Vernetzung dieser Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene sein.

1.2 Arbeitsverhältnisse in den Wissenschaften – ein kurzer historischer Rückblick

Am Vorabend der Revolution von 1789 bestand in vielen Städten Europas – nicht zuletzt in Paris – ein kreatives und verarmtes Milieu an Gelehrten und Literaten, in dem die Unzufriedenheit über die eigene Lage sowie die Gesellschaft im Allgemeinen so stark war, dass manche HistorikerInnen gar so weit gehen, den „hageren und hungrigen Männern des literarischen Untergrundes, (...) den kulturellen Parias, die aus Armut und Erniedrigung die jakobinische Version des Rousseauismus hervorbrachten“, einen guten Teil der Verantwortung für die Französische Revolution zuzuschreiben, die in ihrer radikalen Variante den „geradezu physischen Haß“ dieses revolutionären Milieus zum Ausdruck gebracht haben soll.[5]

Auch die im 19. Jahrhundert einsetzende Verbeamtung der Wissenschaft änderte nicht viel an der prekären Lage der Mehrheit jener, die sich dazu entschlossen hatten, „Wissenschaft als Beruf“ zu betreiben; im deutschsprachigen Bereich stand dafür sprichwörtlich die Gruppe der „Privatdozenten“ und es war vorwiegend auf jene gemünzt, wenn Max Weber 1917 in seinem Vortrag Wissenschafter als „proletaroide Existenzen“ bezeichnete und Verbindungen zu Industrialisierung und Kapitalismus zog:

„Und es tritt da der gleiche Umstand ein wie überall, wo der kapitalistische Betrieb einsetzt: die ‚Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln‘. Der Arbeiter, der Assistent also, ist angewiesen auf die Arbeitsmittel, die vom Staat zur Verfügung gestellt werden; er ist infolgedessen vom Institutsdirektor ebenso abhängig wie ein Angestellter in einer Fabrik: […] und er steht häufig ähnlich prekär wie jede ‚proletaroide‘ Existenz…“.[6]

Eine Verbesserung dieser Situation ergab sich erst in der kurzen, als *Trente Glorieuses* bezeichneten Phase sozialliberaler Reformen, die von den 1960ern bis in die 1980er Jahre andauerten und in der Wissenschaft und Kunst als konstitutiv für den demokratischen Prozess verstanden wurden; es wurde daher in sie investiert. Insbesondere in Westeuropa bewirkte die Blockkonkurrenz mit den sich als realsozialistisch verstehenden Staaten den

---

[5] Robert Darnton, Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben und Publizieren im vorrevolutionären Frankreich, Frankfurt am Main 1988, S. 43.

[6] Max Weber, Wissenschaft als Beruf, in: ders.: Schriften 1894-1922, ausgewählt und hg. von Dirk Kaesler, Stuttgart 2002, 474-511, hier S. 476 f.

Aufbau des keynesianischen Sozialstaats und den Ausbau demokratischer Mitspracherechte nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in zahlreichen Betrieben; vor allem die Sozialdemokratie begriff Kunst- und Kulturpolitik als Austragungsort sozialer Auseinandersetzungen und politischer Kämpfe.[7]

1.3 Wissensarbeit im Neoliberalismus: neue Beschäftigungsverhältnisse

Die Universitäten waren und sind Vorreiterinnen auf dem Weg zur umfassenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse. Eine Untersuchung ihrer zeitgenössischen Arbeitsformen offenbart sich somit als düsterer Ausblick auf viele andere Beschäftigungsbereiche. Daher greift auch der manchmal getätigte Einwand, die geschilderten Arbeitsbedingungen seien ein Problem einiger ohnehin Privilegierter, die sich ja immerhin ohne Stechuhr der Muße des Forschens hingeben könnten, zu kurz. Denn Arbeits- und Lebensverhältnisse von EnthusiastInnen ohne feste Löhne und existenzielle Absicherung stehen Modell für den Arbeitsmarkt der Zukunft.
Das Universitäts-Organisationsgesetz (UOG) 1993 und das Universitätsgesetz (UG) 2002 markierten ein Jahrzehnt der grundlegenden Neugestaltung der staatlichen Universitäten hin zu unternehmerischen Hochschulen. Beide Gesetze sind Teil der neoliberalen Hochschulreform, die die sozialliberale Reformära ablöst und die beherrschte Klasse wieder auf ihre Plätze verweist. 2002 wurden die Universitäten „in die Autonomie entlassen“, so die Diktion. Die Reform diente also vorgeblich der Unabhängigkeit der Wissenschaften gegenüber dem Staat. Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Autonomiebegriff eine fundamentale Entstaatlichung und damit die Abtrennung der gesellschaftlichen Wissensproduktion vom Allgemeinwohl: Unabhängig wurden weder die Wissenschaft als solche noch die WissensarbeiterInnen, sondern bloß die RektorInnen als autokratisch agierende HochschulmanagerInnen. Sie und die von ihnen geleiteten Universitäten sind nun autonom von demokratisch ausverhandelten gesellschaftlichen Interessen jenseits des Marktes.[8] Richard Münch meint über die Organisationsreform der Universitäten gar: „Das monopolartig und oligarchisch organisierte System macht gestandene Forscher **zu** Forschungsfunktionären oder Forschungsmanagern und hält die breite Masse der aktiven Forscher als Sklaven.“[9]

1.4 Folgen der Prekarität: WissensarbeiterInnen als RisikoinvestorInnen

Anders als im fordistischen Zeitalter der Industriegesellschaft erfolgt die massenhafte Ausbeutung der Ware Arbeitskraft im neoliberalen Zeitalter nicht mehr repressiv, sondern vielmehr verführend. Die Arbeit in der Wissenschaft (übrigens ebenso wie jene im Kunst- und Kulturbereich) liefert hierfür eine Blaupause: Der Mühsal körperlicher Plackerei unter

---

[7] Vgl. Michael Amon, Sozialdemokratische Kulturpolitik?, in: Die Zukunft 2/2010; Dieter Segert, Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Wien 2013.
[8] Vgl. Jens Wernicke, Hochschule im historischen Prozess, Berlin 2009, S. 8.
[9] Richard Münch, Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Evidenz, Frankfurt am Main 2007, S. 386.

Aufsicht der Stechuhr enthoben, frei zu forschen und zu lehren, was uns ohnehin interessiert, sei Wissensarbeit nicht lästiger Zwang, sondern ein Tor zur Selbstverwirklichung. Da die Entfremdung zwischen Person und Arbeitskraft geringer ist, ist die intrinsische Motivation ausgeprägt. Zudem lockt das neoliberale Zeitalter mit freieren Formen der Arbeitsorganisation wie „flachen Hierarchien", flexiblen Arbeitszeiten und autonomem Selbstmanagement. Statt Fremd- herrscht Selbststeuerung und die „Falle der Identifikation mit dem eigenen Tun lauert selbst noch im blödsinnigsten Job."[10] War der/die ArbeiterIn am Fließband noch ein elendes Geschöpf, so ist im Neoliberalismus nun jede Arbeit durch „Freiheit" veredelt. Wir sind frei, alles zu sein, wo wir wollen, wann wir wollen. Arbeit ist Passion und Berufung. Wie der Philosoph Byung-Chul Han treffend analysiert, immunisiert sich der Neoliberalismus gegen Widerstand, indem er von der Freiheit Gebrauch macht statt sie zu unterdrücken.[11] Die Freiheit von Wissenschaft und Lehre ist sogar verfassungsrechtlich verbürgt.

Der Preis dieser Freiheit ist, zu *scientific entrepreneurs*[12], eigentlich zu RisikokapitalistInnen zu werden. Wir unterliegen der Logik einer neoliberalen Auditgesellschaft, in der jede Tätigkeit strategisch auf ihre weitere Verwertung im Lebenslauf beurteilt wird. Und was hierfür nicht bezifferbar und somit nicht kapitalisierbar ist, hat keinen Wert. Wichtig für erfolgreiche WissensarbeiterInnen ist demnach die gute individuelle Performance, deren Voraussetzung die Outputorientierung akademischen Handelns. Nicht mehr Fabrikdisziplin und Anwesenheit zählen, sondern Flexibilität und Anpassungsbereitschaft an veränderte Förder-, Publikations- und Evaluationsbedingungen; keine Stechuhr, dafür aber (mindestens das Vortäuschen von) Einsatzbereitschaft rund um die Uhr; weiters ist Kreativität gefragt, also Angepasstheit und Unangepasstheit zugleich; auch hochgradige Spezialisierung in einem Forschungsbereich und zugleich Inter- und Transdisziplinarität sind Teil der guten persönlichen Performance.

Wenn WissensarbeiterInnen keinen Erfolg haben, so die neoliberale Logik, dann weil sie eben nicht gut genug sind, weil sie nichts erforschen, was der Markt gerade braucht, weil sie im ach-so-objektiven Wettbewerb um Drittmittel nicht bestehen. Sie haben alle Chancen, doch wahrscheinlich schöpfen sie ihr Potential nicht aus… Der Mangel an sozialer Sicherheit wird somit unter neoliberalen Vorzeichen individuell verarbeitet. Was bleibt, ist der permanente Druck, durch Performance wenigstens den Status quo zu halten. Es ist ein asozialer Druck, der sich von Vereinzelung und Konkurrenz nährt. War man früher ein kleines Rädchen im Unternehmen, so ist man nun in seinem Hamsterrad allein.

Besonders betroffen von diesen Auswirkungen neoliberaler Reformen sind jene WissensarbeiterInnen, die durch die Bildungsexpansion der sozialliberalen Ära an die Universitäten gekommen sind. Jene Arbeiterkinder, die sich für die Wissenschaft als Beruf entschieden, leben heute oft in sozioökonomisch schlechteren Situationen als ihre wesentlich geringer mit schulischem Kapital ausgestatteten Eltern.[13] Das gesellschaftlich

---

[10] Titus Engelschall / Elfriede Müller, Es gibt kein richtiges Arbeiten im Falschen, in: ak – Analyse & Kritik 600/2014.

[11] Vgl. Byung-Chul Han, Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken, Frankfurt am Main 2014.

[12] Vgl. Steven Shapin, The scientific life, Chicago 2008.

[13] Vgl. schon Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1987, S. 260 f.

mehr vorhandene kulturelle Kapital ist weniger wert beziehungsweise von ihnen nicht entsprechend ökonomisierbar. Das sozialdemokratische Versprechen sozialen Aufstiegs durch Arbeit erweist sich nach dem Ende der *Trente Glorieuses* als Illusion. Es ist nicht nur eine individuell frustrierende Erfahrung, selbst mit hochqualifizierter Bildung und Wissensarbeit stets nur einen Abwehrkampf gegen den sozialen Abstieg zu führen, sondern diese prekäre Arbeitsweise erlangt auch gesamtgesellschaftliche Relevanz: Da sich an den akademischen Übergängen zum Doktorat oder zur Post-doc-Stelle stets die Frage stellt, ob man in der Wissenschaft bleibt, also diesen riskanten Weg weiter verfolgen will und kann, ist das verfügbare Volumen an ökonomischem Kapital höchst relevant. Denn nicht genehmigte Drittmittel und nicht erhaltene oder gering entlohnte Lehraufträge bedeuten für befristet Angestellte semesterweise finanzielle Durststrecken, die sich mit einem finanzkräftigen Elternhaus oder anderen unterstützenden Netzwerken (Sozialkapital) leichter überwinden lassen. So erreicht die neoliberale Hochschulreform, dass die Klasse der KapitalseignerInnen auch in der Wissenschaft wieder unter sich bleibt.
Des Weiteren bedingt die Projektförmigkeit, um die Wissensarbeit arrangiert ist, eine jeweils kurze Verweildauer der ForscherInnen: im speziellen Forschungsgegenstand, aber auch in der Projektgruppe, am Ort, in der Institution. Wissensarbeit ist hochgradig temporär und disloziert. Die erfolgreichsten WissensarbeiterInnen sind nicht mehr lokal verankert, sondern forschen und publizieren nur noch für die und in der globalen *scientific community*. Sie sind damit zwar weltweit vermittelbar (Stichwort *employability*), aber der Gesellschaft und dem politischen Engagement entfremdet. Zukunftsentwürfe oder gar gegenhegemoniale Utopien sind von solcherart sozialisierten WissensarbeiterInnen kaum mehr zu erwarten. Der „Wille zur intellektuellen Intervention“[14] bleibt meist ebenso auf der Strecke wie das Engagement in zentralen kollektiven systemerhaltenden Arbeiten. Sich in der Lehre zu engagieren, Studierende zu beraten oder dem Betriebsrat anzugehören, also gemeinschaftsbildend und solidarisch zu wirken, ist aus Sicht von *scientific entrepreneurs* bloß dumm. Denn diese Tätigkeiten sind im akademischen Lebenslauf nichts wert.[15]

1.5 Die Entdeckung des Prekariats

Aufgrund der lange dominanten Ideologie des „Normalarbeitsverhältnisses“ – das, wenn, dann ohnehin nur „50 Jahre für 20 Prozent der Weltbevölkerung“ galt[16] – fanden prekäre

[14] Albrecht von Lucke, Zur Lage des Intellektuellen in der Berliner Republik, in: Blätter 8/2014, S. 83-93.

[15] Diesen Druck der marktwirtschaftlichen *just in time*-Logik üben bereits die Studierenden ein. Die Studien erfuhren im Zuge der Umstellung auf Bologna-Konformität eine erhebliche Beschleunigung und Verschulung, die kaum noch freie intellektuelle Entfaltung gewährt, schon gar nicht das ehrenamtliche Engagement honoriert. Zudem ist nur ein einziger Studienabschluss immer weniger wert und die tatsächliche Distinktion am Arbeitsmarkt erfolgt über postgraduale Studien, die am besten im Ausland absolviert werden. Dies bevorzugt wiederum Studierende aus finanzkräftigen Elternhäusern und schiebt der einst von der Sozialdemokratie angestrebten sozialen Durchlässigkeit erneut einen Riegel vor. Wer also in diesem System reüssieren will, muss seine/ihre Zeit nicht in die Gemeinschaft, sondern in den eigenen Lebenslauf investieren, muss sich etwa für ein (Auslands-)Studium verschulden. Hierfür wurden dann die günstigeren Studentenkredite erfunden – „privatisierter Keynesianismus“ (Colin Crouch).

[16] Marcel van der Linden, Die Arbeiterklasse wächst und bewegt sich. Der Historiker Marcel van der Linden über riesige Streiks, schwache Gewerkschaften und prekäre Normalarbeit [Interview], in: Neues Deutschland, 11.07.2017, S. 3.

Arbeitsverhältnisse nur langsam Beachtung in der Forschung: Erst ab den 1990er Jahren wurden diese insbesondere in Frankreich von SoziologInnen thematisiert,[17] für den Bereich der Wissenschaft prägten die Autorinnen Anne und Marine Rambach in ihrem 2001 erschienenen Buch den Begriff der *prekären Intellektuellen* (*Intellos précaires*).[18]
Der britische Soziologe Guy Standing wiederum bezeichnete das Prekariat als eigene, im Entstehen befindliche Klasse, die bei all ihrer Heterogenität gemeinsame Merkmale aufweise, insbesondere das Fehlen sozialer Sicherheiten und die Gefährdung durch Armut.[19] Gemäß Standing handelt es sich beim Prekariat um „eine Klasse im Krieg mit sich selbst", die zumindest in drei Fraktionen gespalten sei: zum einen in die aus den traditionellen Arbeiterklassenzusammenhängen gedrängten Menschen, die sich das goldene Zeitalter des Fordismus zurückwünschten und anfällig für rechtsextreme Parteien seien; zum anderen in die klassischen „UnterbürgerInnen" (*denizens*), denen von vornherein viele Rechte vorenthalten werden, also ethnische Minderheiten, MigrantInnen, Asylsuchende und ehemalige Gefangene; schließlich drittens in Gebildete und aus der Angestelltenklasse hinausgedrängte Menschen, die keine ihrer Ausbildung adäquaten Jobs finden und eher progressiven Positionen zuneigten; es sei die „vielleicht größte Aufgabe" der letzteren Fraktion, „die anderen Teile des Prekariats für eine gemeinsame Vision zu gewinnen".[20]
Drei ineinandergreifende Kämpfe seien es, die gemäß Standing das Prekariat zu führen habe: ein Kampf um Anerkennung, die durch kollektive Aktionen oder Proteste zu erreichen sei; ein Kampf um Repräsentation, um dem Bittstellerstatus zu entkommen und in staatlichen wie betrieblichen Gremien wieder Rechte zu erlangen; schließlich ein Kampf um Umverteilung, die sich insbesondere auf Schlüsselgüter wie Sicherheit, Kontrolle über die eigene Zeit und Zugang zu Gemeingütern, Bildung und Finanzkapital richten müsse.[21] In seiner aus 29 Artikel bestehenden *Charta des Prekariats* spricht sich der Soziologe für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus; ein Artikel fordert die Dekommodifizierung der Bildung. Letzterer Kampf sei laut Standing „von den Eliten im Bildungssektor" anzuführen, da diese am wenigsten zu verlieren hätten und am ehesten Solidarität mit der Gruppe der prekär Lehrenden bekunden könnten.

1.6 Das Versagen der Gewerkschaften und Parteien

Die mit dem Neoliberalismus einsetzende Wende in der Organisation von Arbeit kann in einer an den Arbeiten von Michel Foucault und Gilles Deleuze orientierten Perspektive auch als Übergang von der Disziplinargesellschaft in die Kontrollgesellschaft bezeichnet werden: War in der ersteren das dominante Modell der Arbeit das der nach dem Modell des Panoptikums organisierten Fabriksarbeit, ist das Leitbild der Kontrollgesellschaft das des

---

[17] Robert Castel, Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz 2000 (EA 1995); Timo Luks, Prekarität. Eine nützliche Kategorie der historischen Kapitalismusanalyse, in: Archiv für Sozialgeschichte 56/2016, S. 51-80.
[18] Anne Rambach / Marine Rambach, Les intellos précaires, Paris 2001.
[19] Guy Standing, Prekariat. Die neue explosive Klasse, Münster 2015 (EA 2011).
[20] Guy Standing, Eine Charta des Prekariats. Von der ausgeschlossenen zur gestaltenden Klasse, Münster 2016 (EA 2014), S. 36-38.
[21] Ebd., S. 123-128.

Unternehmens, in dem die arbeitenden Individuen zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Dieser Wandel hat weitreichende Folgen auch für die Organisierung von Widerstand: Die dominante Organisationsform im Fabrikzeitalter war die Gewerkschaft, die die in den Betrieben anwesenden und disziplinierten Arbeitermassen als Kollektiv anrufen und zum Streik aufrufen konnte. Der Umgang mit prekarisierten Individuen, die aufgerufen werden, zu UnternehmerInnen ihrer selbst zu werden, ist um ein vielfaches schwieriger, weswegen Deleuze bereits im Jahr 1990 von einer möglichen „Untauglichkeit der Gewerkschaften" sprach, den Übergang von der Disziplinargesellschaft in die Kontrollgesellschaft zu meistern, und die Frage stellte, ob sie sich der neuen Situation anpassen oder anderen Widerstandsformen weichen würden.[22]

Was die österreichischen Universitäten anbelangt, so kann diese Frage als fast beantwortet betrachtet werden, denn es erweist sich bis heute als besonders fatal, dass für die Hochschulen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) eine sich vorwiegend als BeamtInnenlobby verstehende Interessensvertretung zuständig ist, die mit den Lebensverhältnissen der Mehrheit der an den Universitäten lehrenden und forschenden Personen nicht vertraut ist beziehungsweise davor bewusst die Augen verschließt.[23] Diese Erfahrung mussten VertreterInnen der IG immer wieder machen; so lassen sich die im Streikjahr 1996 gemachten Erlebnisse mit Gewerkschaftsvertretern (sic!) im Rückblick nur als Zusammenstöße einander fremder Welten beschreiben.[24]

Während andere Gewerkschaften wie die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) zumindest etwas Sensibilität für gesellschaftliche Umbrüche an den Tag legten und eigene Interessengemeinschaften für als „atypisch" bezeichnete prekäre Arbeitsverhältnisse gründeten, ließen von Seiten der GÖD nur einige wenige RepräsentantInnen Ansätze eines Problembewusstseins erkennen. Dass sie in ihrer Gesamtheit die Belange der prekär Beschäftigen ignorieren, sollte sich jedoch erst in der jüngsten Vergangenheit wieder beweisen: So hatten die VertreterInnen der GÖD bei den Verhandlungen zum Gehaltsabschluss der Universitätsangestellten für das Jahr 2016 nicht beachtet, dass mit dem von ihnen erzielten Ergebnis Universitätslehrende mit einem nur zweistündigen Lehrauftrag die Sozial- und Krankenversicherung verloren, da die Bezahlung nun unter der dafür notwendigen Geringfügigkeitsgrenze lag; zuvor war diese Gruppe bei aller bescheidenen Bezahlung wenigstens automatisch versichert gewesen. Was als einmaliges und wieder zu bereinigendes Versehen hätte betrachtet werden können, wurde bei den ein Jahr später wieder stattfindenden Verhandlungen zur Gewissheit. Der Fehler der Gewerkschaft wurde nicht wieder gut gemacht. All jene Lehrbeauftragten, die eine solche Versicherung benötigen, sind fortan von allfälligen Sonderbestimmungen abhängig, die Überzahlungen ermöglichen, und sind damit der Willkür der einzelnen Universitätsleitungen ausgeliefert.[25]

---

[22] Gilles Deleuze, Postskriptum über die Kontrollgesellschaften, in: ders., Unterhandlungen. 1972-1990. Frankfurt am Main 1993, S. 254-262, hier 262.

[23] Mario Becksteiner, Gewerkschaftlicher Dornröschenschlaf, in: IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen / Linkes Hochschulnetz / PrekärCafé / Squatting Teachers: Wissensarbeit : Prekär : Organisiert. 15 Jahre IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, 2.A. 2012, S. 23-25.

[24] Alice Pechriggl, Anekdote No3. „Ich war Streikdelegierte...", in: Ebd., S. 8.

[25] IG LektorInnen, Versicherungspflicht für Lehraufträge wieder gewährleisten. Stellungnahme der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen zum Gehaltsabschluss für Universitäten 2017, 6.2.2017, http://igelf-

Was für die Vertretung durch Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen gilt, gilt auch für die allgemeine politische Ebene: Die Bedürfnisse und Interessen des Prekariats werden in deren Gremien nicht repräsentiert, keine der im Nationalrat vertretenen Parteien nimmt das Prekariat als neue Form des Proletariats wahr, auch die SPÖ nicht, die sich traditionellerweise als Vertreterin der ArbeiterInnen und Angestellten verstand. Obwohl der Klassenkompromiss längst einseitig aufgekündigt ist und die neoliberale Wende klar den Klassenkampf von oben markiert, sind Gewerkschaft und Partei meist noch immer dem sozialpartnerschaftlichen Aushandlungsregime selbstverpflichtet. Sie vertreten zwar UniversitätsmitarbeiterInnen, versagen aber bei der fluiden Masse der freien WissensarbeiterInnen, die vielleicht arbeitssoziologisch eher wie eine Zunft organisiert werden müssten. Die 1996 erfolgte Gründung der *IG LektorInnen* kann somit auch als Versuch betrachtet werden, neue Formen der Artikulation dieser Interessen zu finden.

2. Zwanzig Jahre Organisierung prekärer Arbeit

2.1 Uniproteste in Österreich seit 1987

Betrachtet man die letzten drei Jahrzehnte universitärer Proteste in Österreich, so lässt sich feststellen, dass zumindest in Wien diese regelmäßig alle zehn Jahre begleitet **von** einer längeren Audimaxbesetzung stattfinden: Genannt seien die durch ein Sparpaket provozierten Proteste von 1987, die auch von SchülerInnen getragen wurden, weiters die Besetzungen von 1996 und schließlich 2009. Man braucht demnach kein/e große/r ProphetIn zu sein, um anzukündigen, dass es in den nächsten drei bis fünf Jahren wieder zu solchen Auseinandersetzungen kommen wird; Gründe dafür sind zur Genüge vorhanden.

2.2 Aktivitäten der IG LektorInnen seit der Gründung 1996

Das Spezifische an den Protesten des Sommersemesters 1996 war, dass sie sich gegen ein Sparpaket wandten, das alle an den Unis tätigen Gruppen, also Studierende und Lehrende betraf; im speziellen Fall der externen LektorInnen, die jeweils nur für ein Semester mit einem oder mehreren Lehraufträgen bedacht wurden, wurde die Remuneration um 17% gekürzt, das Wahlrecht für universitäre Gremien war ihnen bereits durch das UOG 1993 entzogen worden. Es sei daran erinnert, dass im Zuge der Protestbewegung von Seiten Universitätsangehöriger auch erwogen wurde, den verantwortlichen Ministern ihre akademischen Titel abzuerkennen, weil sie den akademischen Eid, das Ansehen der Universität nicht zu beschädigen, gebrochen hatten. Im Zuge dieses Streiks wurde auch ein *Aktionskomitee Externe LektorInnen und Freie WissenschafterInnen* gegründet, das sich im Herbst desselben Jahrs als Verein unter der Bezeichnung *Interessengemeinschaft Externe LektorInnen und Freie WissenschafterInnen* konstituierte. Im Folgenden sollen einige der Aktivitäten der IG LektorInnen angeführt werden:
Schon bald nach ihrer Gründung wurde die IG vom Wissenschaftsministerium mit einer

---

at/index.php?id=100 (letzter Zugriff: 01.09.2017).

Studie zur sozialen Lage der LektorInnen beauftragt, in der mit qualitativen und quantitativen Methoden eine „militante Untersuchung“ in der Tradition von Marxens Fragebogen für Arbeiter durchgeführt wurde, wie sie in den letzten Jahren im Bereich der prekären Arbeit immer wieder eingefordert wird.[26] Diese Studie wurde unter dem Titel *Zwischen Autonomie und Ausgrenzung? Zur Bedeutung Externer Lehre und Freier Wissenschaft an österreichischen Universitäten und Hochschulen* im Jahr 2000 fertiggestellt und bei einer Enquete im November desselben Jahrs präsentiert.[27]

Zu einer der wichtigen Erkenntnissen in Folge der Studie zählte, dass fortan verzichtet wurde, Prekarität als eine Frage des „wissenschaftlichen Nachwuchses“ zu bezeichnen; insbesondere das damalige IG-Vorstandsmitglied Günter Hefler plädierte dafür, lieber von einem segmentierten Arbeitsmarkt für WissenschafterInnen zu sprechen, in dem wenige unbefristet Beschäftigte einer großen Zahl befristet/prekär Beschäftigter gegenüberstehen, unabhängig vom Alter der Beteiligten.

In dieser Zeit gab es von Seiten der IG auch allgemeinere politische Interventionen, nach der Nationalratswahl von 1999 war sie an den Protesten gegen die Koalition mit der FPÖ beteiligt und rief in einer im Februar 2000 verfassten Resolution gegen den Regierungspakt von ÖVP und FPÖ dazu auf, sich „die Angst“ vor der rechtsextremen Regierungsbeteiligung „nicht nehmen, sondern produktiv werden zu lassen“[28]; als beim G8-Gipfel von Genua im Juli 2001 nicht nur ein Demonstrant von einem Polizisten erschossen und etliche AktivistInnen von der Polizei gefoltert wurden, sondern darüber hinaus noch Angehörige der Volxtheaterkarawane unter absurden Anschuldigungen drei Wochen lang festgehalten wurden, solidarisierte sich die IG LektorInnen gemeinsam mit vielen anderen mit der aus Wien kommenden Theatergruppe und forderte in einer eigenen Resolution deren Enthaftung.[29]

Ab 2004 war die IG im neu gegründeten Betriebsrat der Universität Wien vertreten, im Rahmen der Fraktion *GAKU PLUM IG*; in den folgenden Jahren sollte die Teilnahme an der Betriebsratstätigkeit die Hauptaktivität der IG sein. Eine Ausweitung der Aktivitäten gelang dann wieder ab 2009, als die IG sich Mitte Oktober an einer Veranstaltung zur Prekarisierung in den Wissenschaften beteiligte, die von verschiedenen Initiativen wie dem *PrekärCafé*, der Plattform Drittmittelpersonal, dem Graduiertenzentrum Sozialwissenschaften und der ÖH organisiert war; eine Woche später startete die letzte große Welle an Uniprotesten, bekannt geworden unter der Bezeichnung *Uni Brennt*, in deren Zuge unter Beteiligung der IG auch Treffen der Lehrenden einberufen wurden, die unter dem Label *Squatting Teachers* Lehrveranstaltungen im öffentlichen Raum abhielten.

2010, im Jahr nach den Uni Brennt-Protesten, benannte sich die *IG Externe LektorInnen und Freie WissenschafterInnen* in *Interessengemeinschaft LektorInnen und WissensarbeiterInnen*

---

[26] Becksteiner, Mario: Militant Research and Research Militancy, in: Grundrisse Nr. 39, 2011, S. 38 – 46, http://www.grundrisse.net/grundrisse39/militant_research.htm (letzter Zugriff: 01.09.2017).

[27] IG externe LektorInnen und freie WissenschafterInnen, Zwischen Autonomie und Ausgrenzung. Zur Lage Externer LektorInnen und Freier WissenschafterInnen in Österreich, Broschüre zur Enquete vom 16.11.2000, http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Studien/enquete.pdf (letzter Zugriff: 01.09.2017).

[28] IG externe LektorInnen und freie WissenschafterInnen, Resolution anläßlich der Regierungsbildung, 12.02.2000, http://ig-elf.at/index.php?id=55 (letzter Zugriff: 01.09.2017).

[29] IG externe LektorInnen und freie WissenschafterInnen, Aufruf zur Enthaftung der Mitglieder der Volxtheaterkarawane, 01.08.2001, http://www.ig-elf.at/index.php?id=58 (letzter Zugriff: 01.09.2017).

um, was zum einen darin begründet war, dass die Lehrbeauftragten an den Universitäten seit dem UG 2002 vorwiegend nicht mehr „externe“ sondern „interne“ Angestellte sind, zum anderen, dass der im Zuge der Proteste von 2009 breiter diskutierte Begriff der Wissensarbeit darauf verweist, dass Lehrende und Forschende lohnabhängig sind und jenseits symbolischer auch auf monetäre Anerkennung angewiesen sind.
Im Folgenden konnte die Zahl der Mitglieder und der AktivistInnen erweitert werden; es gab Auseinandersetzungen am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie um die Gratisbetreuung von Diplomarbeiten, die IG war in Gespräche mit dem Rektorat wegen der Kettenvertragsregelung eingebunden und konnte zum 15-Jahr-Jubiläum 2011 zusammen mit anderen Organisationen eine Broschüre zum Thema „Wissensarbeit“ herausgeben.[30]
Zur Konterkarierung des Starts der 650-Jahr-Festivitäten der Universität Wien lud die IG LektorInnen am 12. März 2015 zu einer „Prekärsuppe“ ein, bei der vor dem Hauptgebäude der Uni Wien Suppe ausgeschenkt wurde; diese Aktion fand erfreulich große mediale Beachtung.[31]
Zuletzt verfasste die IG für ihre Arbeit neue Leitlinien, die nicht nur eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage von Bildung und Wissenschaft samt ihrer Arbeitsbedingungen, sondern auch einen Forderungskatalog enthalten.[32]

Im Rückblick können somit die Aktivitäten der IG folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Bewusstseinsbildung (Klassenbewusstsein, Prekariat als Klasse) im Sinne von permanenter Empörung über die Umstände der Wissensproduktion
- politisierende Interventionen
- Erstellung und Verbreitung von Ideen gegen das Dispositiv der unternehmerischen Hochschule
- Mitarbeit an der Erstellung eines Konzepts für die (Re-)Demokratisierung der Wissenschaft in der postindustriellen Gesellschaft

3. Herausforderungen für die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen

3.1 Ökonomisierung von Wissenschaft, Wissensarbeit und Wissensproduktion

Die Übernahme von Management- und Unternehmenslogiken hat nicht nur allgemein die Verwaltungsebene der Universitäten, sondern auch die Wissensarbeit selbst erreicht. Das ist für die Gesellschaft als Ganzes erheblich. Denn die Arbeitsverhältnisse von WissensarbeiterInnen haben nicht nur Auswirkungen auf das persönliche und akademische Leben, sondern auch auf die Inhalte des gesellschaftlich verfügbaren Wissens, damit auf die

[30] Siehe IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen u.a., Wissensarbeit (wie Fn. 23).
[31] IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, Bilder und Berichte von der Prekärsuppe, in: Weblog der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnnen, 12.03.2015, https://igelf.wordpress.com/2015/03/12/bilder-und-berichte-von-der-prekarsuppe/ (letzter Zugriff: 01.09.2017).
[32] IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, Leitlinien, http://ig-elf.at/uploads/media/IGLektorInnenWissensarbeiterInnen_Leitlinien.pdf (letzter Zugriff: 01.09.2017).

Gesellschaft als solche. Das zeigt sich für die IG zuvorderst in den Disziplinierungseffekten, die prekäre Verhältnisse bewirken: An die Stelle kollektiver betrieblicher Konflikte und ihrer Lösungsstrategien, wie wir sie aus dem fordistischen Zeitalter kennen (Betriebsversammlungen, Streikdrohung etc.), tritt im Neoliberalismus der atomisierte Wettbewerb. Standen einst Unternehmen in Konkurrenz zueinander und waren innerhalb eines Unternehmens aufgrund fester Anstellungsverhältnisse Solidarität und gemeinsamer Arbeitskampf möglich, so haben heute prekäre Beschäftigungsverhältnisse zur Folge, dass jede/r mit jedem/r konkurriert, auch innerhalb eines Unternehmens. Das zerstört allein innerhalb z.B. der Universität Wien oder auch nur eines Instituts die Solidarität und den Gemeinsinn.

Kritische Wissenschaft kann unter den geschilderten Bedingungen nur schwerlich gedeihen. Es braucht sie heute aber mehr denn je, weil nur eine Allianz aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und kritischen WissensarbeiterInnen eine Alternative zu neoliberaler, autokratischer Politik bieten kann. Wissenschafts- und Universitätspolitik ist im Kern Gesellschaftspolitik. Wer was unter welchen Bedingungen erforscht und wer unter welchen Bedingungen studiert, wirkt sich unmittelbar auf die Gesellschaft aus. Die systemischen Veränderungen, die vom Zugang zur Universität (Ende des freien Hochschulzugangs), über die Verschulung des Studiums (Ende des freien Studierens) bis zu den der Unternehmenslogik unterworfenen Wissenschaftskarrieren reichen, steuern bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheiten nicht entgegen, sondern befördern diese sogar noch. Angesichts der individualisierten, nicht mehr vergesellschafteten Risiken reüssieren in diesem System nach wie vor vorrangig Studierende aus finanzkräftigen und bildungsnahen Haushalten und jene WissensarbeiterInnen, deren Denken und Handeln von der Konkurrenzlogik geprägt sind. Der akademische Arbeitsmarkt nähert sich nach einer sozialliberal und demokratisch geprägten Phase wieder den Gegebenheiten an, die Max Weber vor 100 Jahren beschrieb. Jene Abhängigkeits- und (Selbst-)Ausbeutungsverhältnisse dienen dabei als Vorbild für „flexible Arbeitswelten der Zukunft“, in denen strukturelle Probleme des Arbeitsmarktes nicht solidarisch behandelt, sondern auf den Einzelnen abgewälzt werden.

Die IG steht daher vor der Herausforderung, sowohl innerhalb der Universität als auch in anderen Arbeitszusammenhängen (außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, „freie“ WissensarbeiterInnen) vereinzelte, prekär beschäftigte Individuen überbetrieblich zu organisieren. Die IG lässt sich dabei vielleicht am ehesten mit einer mittelalterlichen Zunft zur Wahrung gemeinsamer Interessen vergleichen.

3.2 Organisierung von Vielfalt durch Schaffung einer Assoziation

Von Anfang ihres Bestehens war die IG mit einem Phänomen konfrontiert, das als charakteristisch für das Prekariat gilt: Die Uni-Lehrenden sind eben nicht wie die ArbeiterInnen in der Fabrik oder die Angestellten einer Bank eine homogene, an einem gemeinsamen Ort und zu geregelten Zeiten arbeitende Gruppe, sondern durch eine schillernde Vielfalt gekennzeichnet. Hochdotierte Operndirektoren und JournalistInnen zählen genauso dazu wie von einem Erbe zehrende Privatgelehrte, am Existenzminimum

lebende, bestenfalls von den Eltern unterstützte alleinerziehende DoktorandInnen, verbeamtete AHS-LehrerInnen oder über Drittmittel beschäftige ForscherInnen. Es ist klar, dass diese unterschiedlichen AkteurInnen ebenso unterschiedliche Interessen haben und in verschiedenem Ausmaß von den an den Universitäten vorgefundenen Arbeits- und Vertragsverhältnissen abhängig sind.

Wenn es wohl nicht realistisch ist, die Interessen aller der genannten verschiedenen AkteurInnen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, so ist es doch möglich, einen Zusammenhang zu schaffen, in dem die unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen artikuliert und diskutiert werden können. Die IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen kann als eine *Assoziation* verstanden werden, die das akademische Feld innerhalb und außerhalb der Universitäten und akademischen Institutionen beobachtet und Diskussionsräume zum Erfahrungsaustausch schafft. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Artikulieren solidarischer Forderungen auf universitärer, aber auch auf allgemein politischer Ebene, für gemeinsames Handeln und das Auftreten als Verhandlungspartnerin mit Institutionen, Unternehmen und Regierungen.

Ein wichtiges Projekt wird dabei zunehmend die internationale Vernetzung mit jenen Initiativen sein, die sich dem Kampf gegen prekäre Verhältnisse in der Wissenschaft verschrieben haben. So hat sich Anfang 2017 in Deutschland das *Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft* gegründet. Dieses will als Dachorganisation die Anliegen und Interessen des akademischen Mittelbaus bündeln. In seinem Mission Statement heißt es unter anderem:

„An den Universitäten sind praktisch alle dort tätigen Gruppen von der Ökonomisierung von Bildung und Forschung betroffen. Den Mangel an solider Grundfinanzierung kompensiert ein Heer von – so die Schätzung der *Zeit* – inzwischen 100.000 Privatdozent_innen und Lehrbeauftragten, das für einen Stundenlohn weit unter dem Mindestlohn oder gänzlich kostenlos die grundständige Lehre gewährleistet.“[33]

Eine der Forderungen, die sich wissenschaftlich mit dem Prekariat beschäftigende Personen wie Guy Standing erheben, ist die nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen. Diese Forderung ist bekanntlich innerhalb der Gewerkschaften und jener Einrichtungen, die sich um die Organisierung der Arbeit bemühen, umstritten; auch in der IG bestehen dazu unterschiedliche Positionen, doch soll die IG zumindest ein Ort sein, wo über die Sinnhaftigkeit einer solchen Forderung diskutiert werden kann.

Forderungen, auf die sich die IG in ihren bisherigen Diskussionsprozessen einigen konnte, werden in der Folge aufgelistet und damit abschließend zur Diskussion gestellt:

[33] http://mittelbau.net/selbstverstaendnis-2 (letzter Zugriff: 01.09.2017).

Forderungen der IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen

1. Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch…

… unbefristete Dienstverträge für LektorInnen: weg mit sechsmonatigen Kettenverträgen, denn unbefristete Verträge tragen zur besseren Planbarkeit für Lehrende bei und sichern so Qualität und Nachhaltigkeit der universitären Lehre,

… Personalstrukturpläne zur langfristigen Etablierung von deutlich mehr wissenschaftlichen Vollzeitstellen unter Berücksichtigung der Einheit von Lehre und Forschung (das heißt weniger befristete, mehr unbefristete Stellen),

… adäquate Bezahlung von Lehre und Betreuungsarbeit sowie die Abgeltung von administrativen Tätigkeiten,

… adäquate infrastrukturelle Ressourcen für LektorInnen: mindestens ein Raum für LektorInnen pro Institut mit Internetzugang und Festnetztelefon, für Sprechstunden, Beratungen, Treffen, Vernetzung, sowie Bereitstellung von Arbeitsmitteln (Hard- und Software) etc.,

… Verbesserung der Kommunikationsstrukturen zwischen Instituten und LektorInnen, etwa was Ausschreibungen von Lehrveranstaltungen und die Weitergabe von Informationen zum Universitätsbetrieb anbelangt.

2. Re-Demokratisierung wissenschaftlicher Institutionen durch…

… Abschaffung der universitären Kurien und der damit in Verbindung stehenden Hierarchien und Exklusionsmechanismen,

… Abschaffung der Abhängigkeitsverhältnisse wissenschaftlicher MitarbeiterInnen,

… Transparenz bei inneruniversitären Postenvergabeabläufen und öffentlich einsehbare Begründung von Absagen,

… Implementierung eines demokratischen Organisationsmodells an Universitäten durch die Reform des UG 2002,

… Offenlegung aller Gehälter an den Universitäten.